

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzung: Freitag, 26.10.2018

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 12:00 Uhr

Ende: 14:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Dr. Sebastian Vollbrecht - CDU

Mitglieder

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS

Herr Peter Edelmann - CDU

Vertretung für: Herrn Kurt Schrader

Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE

Herr Frank Flake - SPD

Frau Annegret Ihbe - SPD

Vertretung für: Frau Annette Schütze MdL (SPD)

Frau Anke Kaphammel - CDU

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

Frau Anneke vom Hofe - AfD

Frau Simone Wilimzig-Wilke - SPD

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

Herr Carsten Lehmann - FDP

weitere Mitglieder

Herr Prof. Dr. Gerd Biegel -

Herr Dr. Volker Eckhardt -

Frau Edith Grumbach-Raasch -

Herr Mirco Hanker -

Frau Antje Maul -

Herr Björn Walter - Stadtheimatspfleger

Verwaltung

Frau Dr. Anja Hesse - Dezernentin IV

Herr Dr. Malorny - FBL 41

Herr Dr. Henning Steinführer - RefL 0414

Protokollführung

Herr Daniel Kösters - Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Herr Kurt Schrader - CDU entschuldigt

Frau Annette Schütze - SPD entschuldigt

weitere Mitglieder

Frau Sigrid Herrmann - abwesend

Verwaltung

Frau Dr. Anette Haucap-Naß – RefL 0412 entschuldigt

Herr Dr. Peter Joch - RefL 0413 entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.08.2018
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Städtische Musikschule: Vorstellung der weiteren Planungen zur zukünftigen Aufstellung der Musikschule (mdl. Mitteilung/Vortrag)
 - 3.2 Freie Theater in Braunschweig 18-09216
 - 3.3 Berichtswesen für die Fachausschüsse 18-09088
Kultur- und Wissenschaftsdezernat - Halbjahresbericht 2018
 - 3.4 Ausländerfriedhof: Aktueller Sachstand 18-09322
- 4 Anträge
- 5 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Braunschweig 2030 18-08544
 - 5.1 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Braunschweig 2030 18-08544-01
 - 5.2 Änderungsantrag zur Vorlage 18-08544 18-09266
Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Braunschweig 2030
- 6 Haushalt 2019 18-09251
Entwurf und Änderungsanträge 2019

| | | |
|-------|--|-------------|
| 6.1 | Haushalt 2019 Entwurf und Änderungsanträge 2019 | 18-09251-01 |
| 6.2 | Haushalt 2019 Entwurf und Änderungsanträge 2019 | 18-09251-02 |
| 7 | Mitgliedschaft der Stadt Braunschweig im Verein "Kitodo. Key to digital objects e. V." | 18-09132 |
| 8 | Finanzierungszusage der Stadt Braunschweig zur Unterstützung der Antragstellung des Staatstheaters für das Projekt "Junger Tanz - Für ein eigenständiges Tanzensemble am Staatstheater Braunschweig" | 18-09269 |
| 9 | Anfragen | |
| 9.1 | Ungenauigkeit Gedenktafel Roselies | 18-09249 |
| 9.1.1 | Ungenauigkeit Gedenktafel Roselies | 18-09249-01 |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende stellt zu Beginn der Sitzung fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.08.2018

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8 Nein: 0 Enth.: 3

3. Mitteilungen

3.1. Städtische Musikschule: Vorstellung der weiteren Planungen zur zukünftigen Aufstellung der Musikschule (mdl. Mitteilung/Vortrag)

Herr Keding stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Planungen zur zukünftigen Aufstellung der Städtischen Musikschule vor. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet. Das in dem Vortrag erwähnte Konzept wird den Ausschussmitgliedern im Nachgang zur Sitzung per Mail zugeleitet. (*Anm.: Erledigt per Mail vom 29.10.2018.*)

Mehrere Ausschussmitglieder plädieren für eine Öffnung der Musikschule in Form eines Musikzentrums für jedermann. Frau Dr. Hesse teilt hierzu mit, dass dieses Ansinnen verständlich sei, die Verwaltung prioritär eine geeignete Unterbringung der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte verfolgen müsse, um die schulischen Bedarfe abzudecken; erst in einem nächsten Schritt könnten den weitergehenden Bedarfen, wie z. B. die geeignete Unterbringung von Laienmusikern nachgegangen werden. Eine Erweiterung der Planungen für die

Bedarfe der Laienmusiker sei nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel möglich.

Frau Dr. Hesse berichtet ferner, dass derzeit nach geeigneten Grundstücken aber auch nach Möglichkeiten des Umbaus im Bestand gesucht werde. Es erfolgt der Hinweis, dass alle Standortalternativen geprüft würden.

Mit dem Haushalt 2019 sollen 75.000 € Planungsmittel zur Verfügung gestellt werden, um die Konzeptplanungen vorantreiben und konkretisieren zu können. Erst danach würde die Verwaltung mit einer abschließenden Beschlussvorlage auf die städtischen Ratsgremien zukommen. In einem ersten Schritt ist vorgesehen, eine Beschlussvorlage vorzulegen, mit der die Verwaltung in Form eines Mandats damit beauftragt wird, die Planungen basierend auf dem Konzeptpapier voranzutreiben.

Frau Dr. Hesse stellt klar, dass keine Konkurrenz mit privaten Anbietern geschaffen werden solle.

3.2. Freie Theater in Braunschweig

18-09216

Frau Dr. Hesse stellt die Mitteilung kurz vor. Sie weist auf die geplante Einladung eines Vertreters des Landesverbands Freie Theater zur nächsten Sitzung hin. Die Verwaltung bittet, Fragen, die von Seiten der Ausschussmitglieder entstehen, im Vorfeld der Sitzung an die Adresse kulturundwissenschaft@braunschweig.de zu senden.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.3. Berichtswesen für die Fachausschüsse Kultur- und Wissenschaftsdezernat - Halbjahresbericht 2018

18-09088

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.4. Ausländerfriedhof: Aktueller Sachstand

18-09322

Frau Dr. Hesse weist auf eine Korrektur in der Mitteilung hin: Die korrekt zu zitierende Drs.-Nr. des Ratsbeschlusses laute 18-08777.

Ratsfrau Ohnesorge sieht das Projekt auf einem guten Weg und auch die zeitlichen Planungen für das 1. Halbjahr 2019 für positiv. Ratsherr Flake weist auf die Stelle für Kriegsgräber im Nds. Innenministerium und die Möglichkeit der Fördermittelakquise hin. Der Hinweis wird aufgenommen und an die Fachverwaltung (Fachbereich Stadtgrün und Sport) weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.5. Mündliche Mitteilung zum Raabepreis

Frau Dr. Boldt-Stülzebach berichtet von der diesjährigen Raabepreis-Trägerin, Frau Judith Schalansky, für ihr Buch „Verzeichnis einiger Verluste“ (erschienen 2018 im Suhrkamp Verlag).

3.6. Gedenkstätte Schillstraße

Herr Dr. Malorny berichtet, dass die Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Videoüberwachung und Beleuchtung) zum 19.11.2018 eingerichtet sein werden.

3.7. Reparatur des Kunstwerks am Staatstheater

Unter Bezugnahme auf die Anfrage von Ratsfrau Schütze in der Sitzung des AfKW am 18.05.2018 wird mitgeteilt, dass die Reparatur zwischenzeitlich erfolgt sei.

4. Anträge

Es liegen keine weiteren Anträge zur heutigen Sitzung vor.

5. Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Braunschweig 2030

18-08544

Beschluss:

1. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Braunschweig 2030 wird als zentrale Arbeitsgrundlage der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften beschlossen.
2. Die Verwaltung wird im Rahmen der verfügbaren Ressourcen beauftragt, bis zum Jahr 2030 die in den Rahmenprojekten benannten Maßnahmen vor der jeweiligen Umsetzung zu konkretisieren, zu berichten und den Ratsgremien zur Entscheidung vorzulegen. Projektbezogen sind jeweils Meilensteine und Indikatoren für das Monitoring zu benennen sowie Aussagen zum jeweils beabsichtigten Verfahren zu treffen. Hierzu zählen insbesondere die Auswahl der zur Mitwirkung vorgesehenen internen und externen Akteure (auch regional) außerhalb des Konzerns Stadt Braunschweig sowie gegebenenfalls die Darstellung beabsichtigter besonderer Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig über die Sachstände der laufenden Projekte sowie die Zielerreichung zu berichten.
4. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept 2030 wird eine wesentliche Arbeitsgrundlage zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes.

Beschlusskompetenz:

Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG, wonach ausschließlich der Rat über grundlegende Ziele der Entwicklung der Kommune entscheidet.

Abstimmungsergebnis:

geändert beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 18-08544-01 unter Einbeziehung des Änderungsantrages 18-09266

5.1. Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Braunschweig 2030

18-08544-01

Hr. Walther stellt als Mitglied des Lenkungskreises kurz die grundsätzlichen Planungen zum ISEK vor: Es handele sich hierbei um die Folgerungen des Leitbildes aus Juni 2016. Es habe mehrere Arbeitsgruppen aus Verwaltungsvertretern und Fachexperten gegeben, die zu den zahlreichen Bürgeranregungen getagt hätten. Das ISEK solle den Handlungsrahmen der Stadt für die nächsten Jahre darstellen. Zu den im ISEK-Entwurf formulierten Projekten werde es jeweilige Einzelbeschlüsse geben. Wenn die Gremienvorlage durch alle Fachausschüsse und den Rat gelaufen sei, werde an die Umsetzung der Projekte gegangen.

Hr. Dr. Malorny berichtet für die Kulturverwaltung kurz zum Stand der Kulturentwicklungsplanungen: Die Besetzung der KultEP-Koordinationsstelle werde Mitte November erfolgen, ein Vorschlag für die Zusammensetzung des KultEP-Beirates werde zur nächsten Sitzung erfolgen. Wenn die Haushaltsmittel freigegeben würden, könne die Ausschreibung des Agenturauftrages beginnen.

Überdies stellt Hr. Dr. Malorny kurz die Planungen zum Ein-Standort-Konzept der Städtischen Musikschule vor.

Fr. Dr. Hesse berichtet über den CoLiving Campus und erwähnt die Jury-Sitzung des Johannes-Göderitz-Preises am 16.11.2018.

Auf Nachfrage von Prof. Dr. Biegel sagt die Verwaltung zu, die TU als Wissenschaftsstandort im ISEK aufzunehmen. Der Fehler werde kurzfristig korrigiert.

Ratsfrau Dr. Flake hinterfragt, warum die ebenfalls im ISEK für den Kulturbereich formulierten Projekte, wie die Kulturraumzentrale, in der Darstellung nicht auch genannt worden seien. Gerade die Tatsache, dass diese Projekte aus dem Kreis der Kulturschaffenden eingebracht worden seien, markiert, dass z. B. durch die Kulturraumzentrale eine Öffnung der bestehenden Kulturlandschaft für alle möglich werde. Fr. Dr. Hesse teilt hierzu mit, dass die Kulturverwaltung eine Priorisierung vornehmen musste und daher zunächst das Augenmerk auf die drei beschriebenen Projekte gerichtet habe. Übrige Projekte würden jedoch nicht in Vergessenheit geraten.

Ratsherr Dr. Büchs plädiert für eine stärkere Einbeziehung der Bundesforschungseinrichtungen. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Bürgermitglied Hr. Dr. Eckhardt vermisst die Städtische Musikschule auf der Karte auf S. 101. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

1. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Braunschweig 2030 wird als zentrale Arbeitsgrundlage der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften beschlossen.
2. Die Verwaltung wird im Rahmen der verfügbaren Ressourcen beauftragt, bis zum Jahr 2030 die in den Rahmenprojekten benannten Maßnahmen vor der jeweiligen Umsetzung zu konkretisieren, zu berichten und den Ratsgremien zur Entscheidung vorzulegen. Projektbezogen sind jeweils Meilensteine und Indikatoren für das Monitoring zu benennen sowie Aussagen zum jeweils beabsichtigten Verfahren zu treffen. Hierzu zählen insbesondere die Auswahl der zur Mitwirkung vorgesehenen internen und externen Akteure (auch regional) außerhalb des Konzerns Stadt Braunschweig sowie gegebenenfalls die Darstellung beabsichtigter besonderer Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig über die Sachstände der laufenden Projekte sowie die Zielerreichung zu berichten.
4. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept 2030 wird eine wesentliche Arbeitsgrundlage zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes.

Beschlusskompetenz:

Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 1 NkomVG, wonach ausschließlich der Rat über grundlegende Ziele der Entwicklung der Kommune entscheidet.

Abstimmungsergebnis:

geändert beschlossen unter Einbeziehung des Änderungsantrages 18-09266:

Ja: 10 Nein: 0 Enth.: 1

5.2. Änderungsantrag zur Vorlage 18-08544

18-09266

Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Braunschweig 2030

Beschluss:

Füge einen neuen Beschlusspunkt ein:

5. Für eine konsequente Umsetzung der im ISEK zusammengetragenen Maßnahmen bedarf es zuvor einer eindeutigen Priorisierung. Die Verwaltung wird deshalb gebeten, in einem klaren und für die Politik nachvollziehbaren Verfahren fortlaufend darzustellen, welche Maßnahmen in einem Haushaltsjahr umgesetzt werden sollen. Diese Darstellung soll in einem ausreichenden zeitlichen Vorlauf vor den jeweiligen Haushaltsberatungen erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10 Nein: 1 Enth.: 0

**6. Haushalt 2019
 Entwurf und Änderungsanträge 2019****18-09251****Beschluss:**

Dem Haushaltsplanentwurf 2019 wird unter Berücksichtigung der sich aus den Anlagen 1 - 2 ergebenden Ansatzveränderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

geändert beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 18-09251-02

**6.1. Haushalt 2019
 Entwurf und Änderungsanträge 2019****18-09251-01****Beschluss:**

Dem Haushaltsplanentwurf 2019 wird unter Berücksichtigung der sich aus den Anlagen 1 - 2 ergebenden Ansatzveränderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

geändert beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 18-09251-02

**6.2. Haushalt 2019
 Entwurf und Änderungsanträge 2019****18-09251-02**FU038 (Dauerhafte Initiativen für eine Änderung des Staatstheatervertrages von 1956):

Die Verwaltung hat zum Antrag eine Stellungnahme vorgelegt.

Ratsfrau Ohnesorge bringt den Antrag ein und sieht das Land in der Pflicht, eine stärkere Förderung zu gewähren. Es müsse eine bessere Verteilung erreicht werden, vergleichbar mit der Stadt Oldenburg.

Ratsfrau Dr. Flake hält den Antrag für nicht erfolgversprechend. Sie plädiert für eine Kündigung des Staatstheatervertrages, um neue Konditionen hinsichtlich der Finanzierung zu erreichen. Sie spricht sich gleichzeitig für einen Erhalt des Staatstheaters aus.

Frau Dr. Hesse weist darauf hin, dass das Staatstheater Verfassungsrang genieße. Es sei nicht allein die Aufgabe des Landes, die Theater zu fördern, hier sei auch die Stadt in der Pflicht. Frau Dr. Hesse gibt zu bedenken, dass mit der momentanen Förderung ein 4-Sparten-Haus ermöglicht werde. Sie hält eine Kündigung grundsätzlich für den falschen Weg.

FU039 (DRK Kaufbar):

Die Verwaltung hat zum Antrag eine Stellungnahme vorgelegt.

Der Antrag wird nach kurzer Diskussion von der Antragstellerin zurückgezogen.

Anlage 2.1:Lfd. Nr. 137 (Kontinuitätsförderung für die Internationale Raabegesellschaft e. V.):

Es wird darauf hingewiesen, dass ein gleichlautender Betrag für die Internationale Raabegesellschaft auch in den Ansatzveränderungen der Verwaltung in der Anlage 2.2 enthalten ist. Es wird festgehalten, dass die Internationale Raabegesellschaft e. V. eine Kontinuitätsförderung von insgesamt 16.000 € erhalten soll, und keine Förderung in Höhe von 32.000 €.

Lfd. Nrn. 62-65 (Erhöhung Zuschuss LOT-Theater):

Frau Dr. Hesse berichtet vom ablehnenden Antwortschreiben der Verwaltung auf den Antrag des LOT-Theaters auf Erhöhung der Förderung. Es wird darin u. a. darauf hingewiesen, dass das LOT-Theater bereits eine hohe Förderung durch die Stadt erhalte und dies als ein klares Bekenntnis gegenüber dem Land bzgl. der städtischen Unterstützung des LOT zu werten

sei, zumal das LOT dies im Antrag eingefordert habe. Die CDU-Fraktion schließt sich diesem Votum an.

Die beantragenden Fraktionen stellen fest, dass die Unterschiede in den Höhen der beantragten Fördersummen im Wesentlichen aus Rundungsdifferenzen resultieren.

Es wird folgender Änderungsantrag von den Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, DIE LINKE und BIBS gemeinsam eingebracht:

Beschluss:

"Basierend auf dem SPD-Antrag Nr. 62 soll das LOT-Theater dauerhaft eine Erhöhung in Höhe von 37.300 € erhalten."

Abstimmungsergebnis:

Ja: 6 Nein: 4 Enth.: 0

Damit haben sich die Anträge Nrn. 62-65 erledigt.

Lfd. Nr. 66 (Konzeptionsförderung „VITA-MINE“):

Der Antrag wird von der Antragstellerin zurückgezogen.

SBR (Projekt Erinnerungstafel sowie begleitende Informationstafeln):

Die Verwaltung zitiert auf Nachfrage den Beschluss des Stadtbezirksrates 332 Schunteraue.

Anlage 2.2:

Es erfolgt eine Abstimmung über die gesamte Anlage.

Beschluss:

Dem Haushaltsplanentwurf 2019 wird unter Berücksichtigung der sich aus den Anlagen 1 - 2 ergebenden Ansatzveränderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

- Passieren lassen -

| | | |
|-----------|---|-----------------|
| 7. | Mitgliedschaft der Stadt Braunschweig im Verein "Kitodo. Key to digital objects e. V." | 18-09132 |
|-----------|---|-----------------|

Herr Dr. Steinführer stellt die Vorlage und die Aufgaben des Vereins Kitodo e. V. kurz vor.

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig, vertreten durch das Ref. 0414 (Stadtarchiv), tritt dem Verein „Kitodo. Key to digital objects e. V.“ zum 1. Januar 2019 als Mitglied bei.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9 Nein: 0 Enth.: 0

| | | |
|-----------|---|-----------------|
| 8. | Finanzierungszusage der Stadt Braunschweig zur Unterstützung der Antragstellung des Staatstheaters für das Projekt "Junger Tanz - Für ein eigenständiges Tanzensemble am Staatstheater Braunschweig" | 18-09269 |
|-----------|---|-----------------|

Frau Dr. Hesse stellt die Vorlage kurz vor und berichtet, dass zwischenzeitlich eine Zusage der SBK an das Land vorläge. Das Projekt könne demnach starten.

Beschluss:

- 1. Die Stadt Braunschweig sichert dem Staatstheater Braunschweig für die Jahre 2019-2021 eine Finanzierungsbeteiligung für die Antragstellung beim Bundesprogramm „Tanzpakt“ für das Projekt „Junger Tanz - Für ein eigenständiges**

Tanzensemble am Staatstheater Braunschweig" in Höhe von insg. 62.500 € zu.

- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Staatstheater eine entsprechende Vereinbarung zur Mittelverwendung für das Projekt „Junger Tanz" abzuschließen.**

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9 Nein: 0 Enth.: 0

9. Anfragen

9.1. Ungenauigkeit Gedenktafel Roselies

18-09249

Ratsherr Dr. Büchs bringt die Anfrage ein.

Abstimmungsergebnis:

beantwortet durch Stellungnahme 18-09249-01

9.1.1. Ungenauigkeit Gedenktafel Roselies

18-09249-01

Die Beantwortung erfolgt durch Frau Dr. Hesse.

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

Der Ausschussvorsitzende schließt um 14:45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Dr. Vollbrecht
Vorsitz

Dr. Hesse
Dez. IV

Kösters
Schriftführung